

BLICKPUNKT PLENUM

26. bis 28. September 2017

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde
im Hessischen Landtag



Doppelhaushalt 2018 / 2019 – keine Zukunftsperspektive

Obwohl Hessens Finanzminister derzeit im Geld schwimmt, spart Schwarz-Grün auch weiterhin an der Substanz. Die geringe Investitionsquote liegt sogar unter dem Niveau der 1990iger Jahre und bedeutet im bundesweiten Vergleich den drittschlechtesten Platz. Das ist absolut unverständlich, weil die schwarz-grüne Landesregierung im Vergleich zur letzten Vorgängerregierung im Jahr 2013 6,8 Milliarden Euro mehr an finanziellen Mitteln zur Verfügung hat. Hinzu kommt, dass (trotz höherer Gesamtschulden) wegen des niedrigen Zinsniveaus die Ausgaben für Zinszahlungen um 350 Millionen Euro zurückgegangen sind und die Ausgaben für Flüchtlinge um 670 Millionen Euro im kommenden Jahr und um 770 Millionen in 2019 zurückgehen werden. Damit hat der Finanzminister in der Geschichte Hessens nie dagewesene finanzielle Spielräume. Angesichts dieser Zahlen ist es nicht nachvollziehbar, wie schlecht man die Kommunen ausstattet und die kommunale Seite damit zu Gebührenerhöhungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zwingt.

Trotz großer finanzieller Spielräume gelingen eine „Schwarze Null“ im Jahr 2018 und die Tilgung von Schulden in Höhe von 100 Millionen Euro im Jahr 2019 nur durch eine Rücklagenentnahme. Das ist skandalös, und das Selbstlob der Landesregierung ist lächerlich, denn im laufenden Jahr haben nur drei Bundesländer neue Schulden aufgenommen, und für das kommende Jahr will überhaupt kein Bundesland mehr Schulden aufnehmen. Hessen ist also alles andere als ein Vorreiter. Im Gegenteil: Seit Amtsübernahme am 31. Oktober 2010 hat der Hessische Finanzminister die Landesschulden von 37,60 Milliarden Euro auf 43,89 Milliarden Euro, also um mehr als sechs Milliarden Euro gesteigert. Wenn der Minister sich also nun dafür feiern lassen will, dass die Schuldenlast pro Bürgerin und Bürger in Hessen um 80 Euro zurückgeht, dann muss er auch zu seiner Verantwortung stehen, sie zuvor in seiner Amtszeit um 1.000 Euro pro Einwohner gesteigert zu haben!

Wir kritisieren, dass trotz voller Kassen auch weiterhin nur unzureichende Mittel für den Wohnungs- und Straßenbau, den Breitbandausbau und die Unterstützung der Kommunen bereitgestellt werden. Der vorgesehene Stellenzuwachs bei der Polizei, den Schulen, der Justiz und der Finanzverwaltung fängt in vielen Fällen nicht einmal die Kürzungen der vergangenen Jahre auf. Mit diesem Stop-and-Go lässt sich keine zukunftsorientierende Personalpolitik betreiben. Viele Stellen können schon jetzt nicht mehr qualifiziert besetzt werden, und zum Teil fehlen auch die Ausbildungskapazitäten. Die Landesregierung feiert sich mit den neuen Stellen als Heilsbringer, obwohl sie selbst für die Überlastungen und den Personalmangel verantwortlich ist. Gleichzeitig gibt es eine inakzeptable Stellenexplosion in den Ministerien: Seit 2013 sind 75 neue Stellen geschaffen wurden, nun sollen weitere 100 hinzukommen. Und 135 neue Stellen in den Regierungspräsidien sind auch kein Beitrag zum Bürokratieabbau, sondern lassen das Gegenteil befürchten.

Bildungsqualität in Hessen verzweifelt gesucht

In seiner verspäteten Regierungserklärung zum Schuljahresbeginn hat der Kultusminister viel erzählt, ohne wirklich etwas zu sagen. Auf das drängendste Problem, den Lehrermangel und die hohe Anzahl von Lehrkräften ohne pädagogische Ausbildung (6.000!) hat die Landesregierung auch weiterhin keine Antwort. Schwarz-Grün kann noch so viele Stellen in den Stellenplan schreiben, wenn die nicht besetzt werden können oder mit geringqualifizierten Kräften besetzt werden, wird aus Flickwerk keine Qualität in unseren Schulen. Die vielen Überlastungsanzeigen aus hessischen Schulen und die Schwierigkeiten, neue Schulleiter zu finden,

sprechen für sich.

Wir wollen eine andere Schulpolitik: Mehr echte Ganztagschulen sind für uns ebenso zwingend wie die Unterstützung der Kommunen beim Angebot von Schulsozialarbeit oder eine stärkere Lehrerzuweisung nach dem tatsächlichen Bedarf der Schulen. Schwarz-Grün dagegen macht von allem ein bisschen, packt aber nichts richtig an. Beispiel „Pakt für den Nachmittag“: Ein halbherziges Angebot, das überwiegend von Eltern und Kommunen finanziert werden muss.

Der Lehrermangel wird noch über Jahre eine Belastung bleiben, weil nicht frühzeitig erkannt wurde, dass mehr Lehrkräfte ausgebildet werden müssen. Die diversen Notmaßnahmen zur Bekämpfung sind unattraktiv, dauern zu lange oder werden zu wenig nachgefragt. Wir brauchen eine deutliche Steigerung der Aus- und Weiterbildungskapazitäten und Qualifizierungen. Völlig unverständlich ist, dass es immer noch mehrere tausend Befristungen gibt, anstatt diesen Personen ein qualifiziertes Angebot zu unterbreiten und sie damit langfristig an unsere Schulen zu binden. Zur Steigerung der Attraktivität des Lehramts an Grundschulen fordern wir gleiche Einstiegsbezahlung aller Lehrkräfte nach der Besoldungsgruppe A13.

Wer 6.000 Personen ohne pädagogische Ausbildung an den Schulen unterrichten lässt, darf nicht von Bildungsqualität sprechen, sondern von Mangelverwaltung. Lehrermangel ist jahrelang nur beobachtet statt bekämpft worden. Das hessische Schulsystem braucht endlich Verlässlichkeit und klare, vorausschauende Konzepte. Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, Ganztagschulen und Schulsozialarbeit sind nicht von heute auf morgen zu realisieren. Aber es sind klare Ziele, die schrittweise und planvoll umzusetzen sind. Dieses wurde aus ideologischen Gründen von der schwarz-grünen Landesregierung verweigert!

Änderung des Landtagswahlgesetzes

Die zuletzt im Dezember 2005 umgestaltete Einteilung der Landtagswahlkreise in Hessen, soll zur kommenden Landtagswahl erneut geändert werden. Die Landesregierung begründet ihre Initiative mit dem von Grundgesetz und Landesverfassung vorgeschriebenen Grundsatz der Gleichheit der Wahl. Denn dieser fordert für die Mehrheitswahl der Abgeordneten in den Wahlkreisen, dass alle Wähler auf der Grundlage möglichst gleich großer Wahlkreise (Wk) und daher mit annähernd gleichem Stimmgewicht wählen können.

Was vom Grundsatz her richtig ist, erweist sich hier als parteipolitischer Schnellschuss, da eine Gesetzesänderung vom Hessischen Innenminister noch vor der Sommerpause abgelehnt wurde und jetzt Hoplähop umgesetzt werden soll. Wir befürchten, dass diese Änderungen an insgesamt 16 Wk keinen Bestand haben werden, da keine neuen Einwohnerzahlen (Stand: 31.12.2015) zu Grunde gelegt wurden. Zum anderen drängt sich bei genauer Betrachtung der Verdacht auf, dass Schwarz-Grün mit dem Wk-Neuzuschnitt die Gelegenheit nutzt, SPD-dominierte Wk zu zerreißen, um den eigenen Kandidat(inn)en bessere Chance auf ein Direktmandat zuzuschustern. Auch zeigt sich am ersten Entwurf sehr deutlich, wie parteipolitisch verfahren wird: Sollte aus dem Wk 2, Kassel-Land II, zunächst noch Helsa in den Wk 9, Eschwege-Witzenhausen, verschoben werden, wurde dies nun verworfen, weil dort der CDU-Kreisvorsitzende aus Kassel-Land wohnt. Jetzt soll die Gemeinde Nieste nach Eschwege wandern.

Weitere Veränderungen in nordhessischen Landtagswahlkreisen sind wie folgt vorgesehen: Die Stadt Lichtenfels soll vom Wk 5, Waldeck-Frankenberg I in den Wk 6, Waldeck-Frankenberg II verlagert werden und die Gemeinde Ludwigsau vom Wk 11, Hersfeld in den Wk 10, Rotenburg, während die Gemeinde Eiterfeld vom Wk 14, Fulda I zum Wk 11, Hersfeld geht.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde